

Deutschland.

Breslau, 28. Decbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem kaiserlich französischen Minister des Innern, Marschall v. La Valette, und dem kaiserlich französischen Botschafter am hiesigen königlichen Hofe, Benedetti, den Schwarzen Adler-Orden verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Generalarzt und Geh. Sanitätsrath Dr. Wilm zu Berlin den rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife, dem Generalarzt, Geheimen Medicinalrath und Prof. Dr. Bardeleben zu Greifswald den königl. Kronen-Orden dritter Klasse, sowie dem außerordentlichen Prof. Dr. Volkmann zu Halle und dem außerordentlichen Professor Dr. Gurkt zu Berlin, den rothen Adler-Orden vierter Klasse, sämtliche Decorationen am weißen Bande mit schwarzer Einfassung, verliehen.

Des Königs Majestät hat folgenden bisherigen General-Merzten der Armee: Dem Geh. Medicinalrath, Prof. Dr. v. Langenbeck zu Berlin den Charakter als Geh. Ober-Medicinalrath mit dem Rang eines Rathes zweiter Klasse, und den Professoren, Medicinalrath Dr. Middelborg zu Breslau, Medicinalrath Dr. Wagner zu Königsberg i. Pr., Dr. Busch zu Bonn und Dr. Esmarck zu Kiel den Charakter als Geheimen Medicinalrath beigelegt. Se. Majestät der König hat dem Kreis-Physikus Dr. Weihe in Stalupnen den Charakter als Sanitätsrath; sowie dem Ober-Buchhalter bei der Regierungshauptkassette in Arnberg, Hesselmann, dem Kassirer bei der Regierungshauptkassette in Aachen, Kreis, und dem Buchhalter bei der Regierungshauptkassette in Coblenz, Chardon, den Charakter als Rechnungsrath verliehen.

Dem Berggeschworenen Niemann zu Weimar ist der Charakter als Bergmeister ertheilt worden.

[Bekanntmachung.] Bei der Telegraphenstation zu Reichenbach i. Schl. wird am 1. Januar 1867 der volle Tagesdienst eingeführt werden.

Breslau, 28. Decbr. [Se. Majestät der König] empfangen die Vorträge des Civil-Cabinet, der Wirklichen Geheimen Räte von Döhlfelder und von Olfers, des Feldproben der Armee Thielen und des Polizei-Präsidenten von Bernuth und nahmen im Beisein des Gouverneurs und Commandanten militärische Meldungen entgegen.

[Se. königl. Hoheit der Kronprinz] empfing gestern den Hauptmann Lange vom 4. Niederschlesischen Infanterie-Regiment Nr. 51, den General-Feldmarschall Grafen von Brangel und den Major von Verdy vom großen Generalstab.

[In Folge Präsentation] des alten und des befestigten Grundbesitzes in dem Landschaftsbezirke Posen ist der Graf Mieczyslaus Kmielecki auf Dporowo zum Mitgliede des Herrenhauses auf Lebenszeit durch Allerhöchsten Erlass vom 12. d. M. berufen worden.

[v. Brünneck +.] Am 26. d. M. verstarb hier das Mitglied des Herrenhauses, der Oberst a. D. und Oberburggraf des Königreichs Preußen, Magnus von Brünneck, fast 80 Jahre alt, nach langen und treuen Diensten für König und Vaterland. (St.-A.)

[Der König] hat dem Minister-Präsidenten Grafen Bismarck, dem Kriegsminister v. Roon und dem Chef des Generalstabes der Armee, v. Moltke, werthvolle, in der königl. Porzellan-Manufactur angefertigte Waffen mit seinem Bildnisse zum Weihnachtsgeschenk gemacht.

[Der Finanz-Minister Frhr. v. d. Heydt] ist aus Elberfeld zurückgekehrt.

[Graf Schwerin] der von den gemäßigt-liberalen Wahlmännern des Wahlkreises Queblinburg als Candidat für das norddeutsche Parlament aufgestellt ist, hat sich nur für den Fall zur Annahme dieses Mandats bereit erklärt, wenn er in einem andern bestimmten Wahlkreise nicht gewählt werden sollte.

[Die Zahl der Anmeldungen aus dem norddeutschen Bunde zur Pariser Ausstellung] beträgt jetzt circa 2300, jedoch ist dabei zu erwägen, daß die Zahl größer sein würde, wenn nicht viele Aussteller in den Collectio-Ausstellungen, welche auf dem Gebiete des Hüttenwesens, des Bergbaues und der Landwirthschaft veranstaltet werden, vereinigt würden.

[Was über die Grundlagen der norddeutschen Bundesverfassung bekannt geworden.] namentlich durch die „W. Z.“ dürfte ziemlich richtig sein, so auch die 225 statt der 220 Thlr. pro Mann Soldaten. Die preussische Politik hat sich von allen abstrakten Theorien ferngehalten, dagegen alle diejenigen Punkte hervorgehoben und unverrückt im Auge behalten, welche wahren Bedürfnisse des Volkes entsprechen, so die Bestimmung von einer einheitlichen Leitung und kräftigen Förderung aller Verkehrsanstalten, ferner darin, daß das norddeutsche Bundesgebiet für sämtliche demselben angehörige Bürger gleiche Rechte gewähren solle, so daß also jeder Bewohner eines Theiles in dem andern die Rechte des Indigenats genießt.

[Eines der ältesten Mitglieder des königlichen Theaters, Regisseur Stamwisch], ist am 24. December Nachmittags in Folge eines Schlaganfalles, von dem er acht Tage vorher betroffen worden, gestorben. Carl Stamwisch war seit 1828 als Darsteller für Bäder- und Charakterrollen, sowie als Regisseur bei der Hofbühne engagirt und nach seiner Pensionirung 1853 noch als Regisseur thätig, namentlich im dramaturgischen Lesecomite zur Prüfung der bei der General-Intendantur eingereichten dramatischen Arbeiten. Der Verstorbene war ein geborner Berliner und betrat (19 Jahr alt) zuerst unter Jffland's Direction die Bühne.

[Zur Künstlerischen Angelegenheit.] Von der königlichen Telegraphen-Direction erhält die „W. Z.“ folgende, die Depeschen-Angelegenheit in Sachen des zum Tode verurtheilten Künstler betrefsende Mittheilung:

Die an Se. Majestät den König von Sachsen gerichtete Depesche ist am 17. December d. J. um 11 Uhr 25 Minuten Nachts in Dresden aufgegeben, um 11 Uhr 35 Minuten — also nach 10 Minuten — in Berlin aufgenommen. Von dem in dem Apparat-Saale der Central-Station die Aufsicht führenden Beamten ist die Depesche sofort der 3 Treppen tiefer gelegenen Local-Expedition mit der Aufforderung übergeben, die Expedition der Depesche zu beschleunigen, da es sich um das Leben eines Menschen handle. Dem entsprechend ist denn auch der Bote instruiert worden. Wie der Stempel der Control-Uhre nachweist, hat der Bote bereits um 11 Uhr 44 Minuten das Telegraphen-Gebäude verlassen und ist die Depesche, laut Quittung, um 12 Uhr 15 Minuten Nachts von dem diensttuenden Offizier in Empfang genommen. Auch hat der Bote bei Aushändigung der Depesche an den Kaiser wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß die Depesche sehr dringend sei und sofort gelesen werden müsse. Die den folgenden Morgen um 7 Uhr 16 Minuten aufgegeben Depesche Sr. Majestät des Königs von Sachsen ist um 7 Uhr 55 Minuten, also nach 39 Minuten an die Station Leipzig beordert. Ob und inwiefern einen Beamten eine Schuld trifft, daß die Depesche nicht früher zur Abtelegraphirung gelangt ist, wird die noch schwebende Untersuchung ergeben. Es ist jedoch von dem die Depesche überbringenden Diener in keiner Weise auf die Dringlichkeit aufmerksam gemacht, die Hasting derselben aber der Art, daß keiner von den Beamten, durch deren Hände die Depesche gegangen ist, erkannt hat, um was es sich handelt. Auch war keinem derselben die in der Nacht angelommene, dieselbe Angelegenheit behandelnde Depesche bekannt, da sämtliche während der Nacht Dienst thunenden Beamten um 7 Uhr Morgens durch andere Beamten abgelöst werden. Schließlich ist noch zu bemerken, daß bisher das sächsische Telegraphenwesen in keiner Weise der Oberleitung der preussischen Telegraphen-Direction unterliegt.

[Beschlagnahme.] Eine in Darmstadt bei Ed. Jernin erschienene Broschüre: „Tagebuch, Blätter aus dem Jahre 1866“, ist hier gestern mit Beschlag belegt worden.

Hannover, 27. Decbr. [Die Angelegenheit der Offiziere.]

Gestern Abend sind die Obersten v. Stolzenburg, v. Geyso und Condemann von Wien hier wieder eingetroffen. Mit ihrem Anliegen wegen der Eidentbindung hatten sie bei dem König Georg einen um so schwereren Stand, als von dem früheren Garde-Hufaren-Regiment u. s. w. Offiziere nach Wien gefandt waren, die dem Könige darlegen sollten, wie die überwiegende Mehrzahl der hannoverschen Offiziere die Eidentbindung vom Fahnenreiß nicht wünsche und auf den Uebertritt verzichten wolle, um den Charakter als hannoverscher Offizier zu wahren. Nach langen Verhandlungen mit diesen Herren gelang es den drei Obersten, endlich bei dem König Georg zu erreichen, daß dieser sich bereit erklärt hat, jedem hannoverschen Offizier, der es wünsche, den nachgesuchten Abschied zu ertheilen. Das Abschiedsgesuch braucht nicht, wie sonst erforderlich, durch specielle Angabe von Gründen motivirt zu werden. Der General-Lieutenant v. Arentschildt, den man auch preussischerseits als Repräsentanten der früher hannoverschen Armee bei den nothwendigen geschäftlichen Abwickelungen betrachtet, wird die Erklärung erlassen, daß er beauftragt sei, die Abschiedsgesuche anzunehmen und darauf die Entlassung zu ertheilen. (Wie telegraphisch gemeldet, ist diese Erklärung bereits erfolgt.) Sobald diese Bekanntmachung veröffentlicht ist, werden von Seiten der Offiziere die Anmeldungen zum Eintritt in die preussische Armee beginnen, da in dem Abschiede die Eidentbindung liegt, die formell auszusprechen König Georg noch im letzten Augenblicke Anstand nahm. (N. Z.)

Hamburg, 28. Decbr. [Das Parlamentswahlgesetz.]

Im heutigen „Amtsblatte“ wird seitens des Senats das Wahlgesetz für das norddeutsche Parlament publicirt.

Δ Hamburg, 27. Decbr. [Diplomatisches.]

Die Schleswig-holst. Post. — Einjährige Freiwillige. — Zur dänischen Agitation in Nord-Schleswig. Zwischen dem Berliner Cabinet und dem Hamburger Senat hat neuerdings ein diplomatischer Schriftwechsel stattgefunden. Der Hamburger Bevollmächtigte auf der Berliner Konferenz, Senator Dr. Kirchenpauer, war nämlich angewiesen, nachdrücklich auf das Fortbestehen des Consulatwesens und der Flagge hinzuwirken. In Folge dessen richtete Graf v. Bismarck eine Note nach Hamburg. Jetzt verlautet, daß der Hamburger Senat sich nachgiebig erwiesen und die preussischen Propositionen in Betreff der Consulate- und Flaggenfrage gutgeheissen haben soll. — Ein gestern an sämtliche Localbehörden der Herzogthümer versandtes Circular der preussischen Postdirection für Schleswig-Holstein-Lauenburg verfügt, daß Befehlungen auf hamburgische Zeitungen und Zeitschriften nicht länger an die Schleswig-holst. Postabtheilung, sondern an das k. preuss. Oberpostamt zu richten sind. Dies bestätigt die frühere Mittheilung von dem unvermeidbar bevorstehenden Aufhören der hiesigen Schleswig-holst. Post. — Die Militär-Aushebung wird morgen gleichzeitig in beiden Herzogthümern beginnen. Als 1-jährige Freiwillige haben sich namentlich zahlreiche Söhne begüterter Schleswig-holsteinischer Bauern gemeldet, und zwar ist es bemerkenswerth, daß die entsprechenden Anmeldungen überwiegend aus den Districten der sogenannten freien Bauern, nämlich aus den Landschaften Angeln, Norddithmarschen, Süderdithmarschen und Eiderstedt stammen, mit anderen Worten aus denjenigen Schleswig-holsteinischen Bezirken, wo früher die meist preusseneindliche Gesinnung auf der Tagesordnung stand. — Dänische Bewohner der Insel Alsen und der Landschaft Sundewitt beantragten bei dem Oberpräsidenten v. Scheel-Plessen vergebens die Beschränkung der deutschen Sprache in Nordschleswig auf Kirchen- und Schulsprache. Ebenso wurden vermehrte Anträge auf Amtsenthebung deutscher Geistlichen und auf die Milderung der Bestimmungen hinsichtlich des Erscheinens wehrpflichtiger Schleswiger auf den dänischen Landmilitär-Sessoren gebühlich zurückgewiesen.

Δ Bon der Saale, 27. Decbr. [Zu den Parlamentswahlen.]

Das alte liberale Wahlcomite für den landrätlichen Kreis Zeitz ist behufs einer Organisation der bevorstehenden Parlamentswahlen provisorisch zusammengetreten und hat sich bereits mit dem zu Weissenfels bestehenden Wahl-Comite in Verbindung gesetzt. Zudem ist dieses öffentlich bekannt gemacht, bezeichnet es zugleich alle Candidaten, welche bis jetzt für Zeitz und Weissenfels genannt worden sind, als verfrüht. — Im Weimarschen hat man den Professor Dr. Endemann zu Jena als Candidaten für das norddeutsche Parlament in Aussicht genommen.

Marburg, 26. Decbr. [Zur Universität.]

Der „Oberhess. Anz.“ berichtet: Der Prorector hiesiger Universität hatte von dem akademischen Senat den Auftrag erhalten, Sr. Maj. dem Könige die Huldigung darzubringen und die Interessen der Universität dem Ministerium an das Herz zu legen. Am 24. d. Mts. kehrte er von dort zurück und zwar, wie man aus sicherer Quelle vernimmt, mit der Versicherung, daß Sr. Maj. der König in einer längeren Audienz mit der größten Freundschaft und Freundschaftlichkeit die Huldigung, sowie die Bitte um Förderung der geistigen Interessen Heffens aufgenommen habe. Auch das Cultusministerium soll seine Geneigtheit, in allen möglichen Rücksichten für das Wohl der Universität zu sorgen, ausgedrückt haben und beabsichtigen, in der aller nächsten Zeit einen Ministerialrath hieher zu senden, um sich über die finanzielle Lage der Universität zu unterrichten, und die Frage, ob das Fürstenthum zu einem Auditorienhaus einzurichten sei, der Entscheidung entgegenzuführen. Ueber die Verlegung der Fort-Lehranstalt von Weissenfels nach Marburg und Erweiterung derselben zu einer Fort-Akademie soll zwar noch nichts entschieden sein, aber der Finanzminister, in dessen Ressort diese Angelegenheit gebührt, das Versprechen gegeben haben, die Frage, ob ein solches Institut in Marburg oder in Hannover zu errichten sei, reiflich in Erwägung zu ziehen. Nicht minder sind, wie man erfährt, andere die Interessen der Stadt Marburg und der ganzen Provinz Hessen betreffende und zugleich die Universität berührende Fragen in Anregung gebracht worden, was bei der geneigten Stimmung des Ministeriums zu den besten Hoffnungen berechtigt.

Frankfurt, 26. December. [Die Stadtverfassung.]

Man glaubt hier allen Grund zu der Annahme zu haben, daß die Vorschläge über die künftige Stadtverfassung Frankfurts, wie sie in den letzten Tagen aus Berathungen der hiesigen höchsten Verwaltungsbeamten, mehrerer Senatoren und Vertrauensmänner aus der Bürgerschaft hervorgegangen sind, in Berlin Genehmigung finden werden. Diese Vorschläge gehen wesentlich auf Einführung der preussischen Städteordnung vom 30. Mai 1853, und würde damit also den mehrfachen unter der hiesigen Bürgerschaft laut gewordenen Wünschen Rechnung getragen werden. Bis zur definitiven Regelung soll nach jenen Vorschlägen die frühere ständige Bürgerrepräsentation provisorisch als eine der künftigen Stadtverordneten-Versammlung analoge Versammlung fungiren. Nun heißt es aber, daß die Mitglieder der genannten Bürgerrepräsentation insgesamt entschlossen seien, die Uebernahme derartiger Interimfunktionen abzulehnen. Bestätigt sich dies, so wird eine sehr am unrechten Plage angebrachte Principienreiterei die Consolidation

tion der hiesigen Verhältnisse möglicher Weise wieder nur verzögern können; durch wessen Schuld? beantwortet sich von selbst. (Weiser-Ztg.)

Karlruhe, 26. Decbr. [Hofnachricht.] Die „Karlsh. Ztg.“ meldet: Bei der Feier des Jubiläums des vor 60 Jahren erfolgten Eintritts Sr. Majestät des Königs von Preußen in die Armee, welche in den ersten Tagen des nächsten Jahres zu Berlin begangen wird, wird Sr. k. H. der Großherzog durch seinen durchlauchtigsten Bruder, Prinz Wilhelm, vertreten sein. Wie wir erfahren, wird Sr. großh. Hoheit, von einem Stabs-Offizier des 2. Inf.-Regts. König von Preußen und zwei andern Offizieren begleitet, am 28. d. Mts. von hier nach Berlin abreisen.

Baden, 25. Decbr. [In der vielbesprochenen Spielfrage] steht bis jetzt eine definitive Entscheidung noch aus. So viel scheint indessen gewiß, daß eine, wenn auch kurze Verlängerung des Spielpachts in Aussicht genommen ist; nur über die Modalitäten, unter welchen eine solche eintreten soll, scheint noch keine Bestimmung getroffen zu sein. (S. M.)

Oesterreich.

Wien, 28. December. [Einberufung des Reichsraths. — Graf Rothschild.] Nach vielfältigen Erwägungen wird man endlich doch zum Reichsrath in optima forma greifen, schon deshalb, weil man in den maßgebenden Kreisen nicht das Herrenhaus entbehren will, für welches aber im October-Diplom kein Platz reservirt wurde. Man wird daher den Reichsrath nach dem Patente von 1861 einberufen und das Herrenhaus durch einen Pairsclub so verstärken, daß die Regierung darin das conservative Gegengewicht gegen einen allfälligen radikalen Ausfall der Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus finden wird. Unter den neu zu ernennenden Pairs wird bereits jetzt der „Schöpfer des Februar-Patentes“, Herr v. Schmerling, bezeichnet, auf dessen Unterstützung Baron Beust große Rechnung macht und, da es seit dem Tode des alten Grafen Hartig an einem liberalen „Führer“ im Herrenhause fehlt, dürfte Herr v. Schmerling diese Rolle übernehmen. Auch mit einer anderen hervorragenden Notabilität des Herrenhauses hat die Regierung in den letzten Tagen sehr wichtige Verhandlungen gepflogen, deren Resultat momentan auf den Stand der bereits im Steigen begriffenen Valuta günstig eingewirkt hatte. Es betrifft den Baron Rothschild, welcher in Bälde als Graf Rothschild die Reihen unserer hohen Aristokratie schmücken wird. Die Prämie für den Grafenstand wurde, so wird in Börsenkreisen geplatzt, bei dem jüngsten Vorschuß von 10 Millionen Gulden zugesagt, welchen das Haus Rothschild an den Staat auf Grundlage des bei der Bank verpfändeten 1859er Silberanlehens geleistet und dadurch die Rückzahlung des Silberanlehens an die Bank ermöglicht hat. Die Uebernahme der Familie Rothschild von Frankfurt nach Wien, welche in letzter Zeit in so demonstrativer Weise stattfand, erhält durch die Erhebung der Familie in den Grafenstand ihr besonderes Relief.

Krautau, 27. Decbr. [Zurechtweisung.] Unserem Bürgermeister, dem bekannten Dr. Roth, ist nach Veröffentlichung seiner Erlebnisse in der preussischen Gefangenschaft von einem polnischen Gelehrten ein Schreiben zugegangen, dessen Inhalt vor Kurzem bekannt wurde und das mit einer Beileidsbezeugung nicht die entfernteste Ähnlichkeit hat. Schreiber spricht darin dem Dr. Roth jeglichen Grund zur Klage oder Beschwerde ab, ermahnt ihn, sehr zufrieden zu sein, daß er unter ähnlichen Umständen nicht als Preuze den Oesterreichern in die Hände gefallen sei, und erinnert schließlich daran, wie die bei dem polnischen Aufstande theilhaftigen Oestler auf dem Spielberge bei Bränn jahrelang an Händen und Füßen gefesselt, in dunklen, 6 Fuß langen und 4 Fuß breiten Zellen eingesperrt gewesen seien, von Kost und Behandlung gar nicht zu reden.

Italien.

Florenz, 23. Decbr. [Parlamentarisches. — Reise des Kronprinzen. — Italien und Preußen.] Die letzten Abstim-mungen in der Kammer, schreibt man der „R. Ztg.“, weisen durchaus günstige Zahlenverhältnisse für das Ministerium auf. Die Bewilligung des provisorischen Budgets erfolgte mit 192 gegen 58 Stimmen, — ein Ergebnis, an dem nichts anzufügen, da die geringe Zahl der Abstimmenden überhaupt bisher nur wenig über 250 hinausgekommen ist. Trotz jener Ziffer ist indeß die so nöthige feste Parteibildung und die Vereinigung der vielen gleichartigen Partei-Nuancen noch nicht so weit gediehen, als wünschenswerth wäre. Alle Welt spricht zwar von der Nothwendigkeit einer solchen parlamentarischen Organisation, aber mit dem Handeln geht es nur langsam voran. — Man spricht von einer bevorstehenden Reise des Kronprinzen, deren Ziel hauptsächlich Preußen sein würde. — Graf Bismarck's Äußerungen über die preussisch-italienische Allianz machen hier einen guten Eindruck. Es ist das erste Mal, daß diese Allianz officiell und öffentlich anerkannt wird. Ein officiöses Blatt meint, Graf Bismarck habe vielleicht bezeugt, daß Victor Emanuel's Thronrede über Preußen geschwiegen, gerade wie die preussische Thronrede Italien nicht erwähnt hatte.

[In Venedig] herrscht noch große Noth. Von 110,000 Einwohnern verlangen 30,000 öffentliche Unterstüßungen. Die Arbeiter des Arsenals haben, wie schon gemeldet, einen Strike versucht, und es fanden in Folge davon wieder einige Verhaftungen statt.

Florenz. [Aus dem italienischen Gränzbuche] theilen wir zunächst folgende zwei Depeschen Ramarmora's mit, welche sich auf den Abschluß des italienisch-preussischen Bündnisses beziehen:

1. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten an den Kriegsminister in Berlin.

Florenz, den 9. März 1866.
Herr Minister! Der General Gabone, der Jünger dieses Schreibens überbringt, ist beauftragt, bei der preussischen Regierung eine Mission von besonderer Wichtigkeit zu erfüllen. Er besitzt das volle Vertrauen des Königs und seiner Regierung, und ich bitte Sie, Herr Minister, ihn in dieser Eigenschaft Sr. Excellenz dem Grafen v. Bismarck und nach Umständen auch Sr. Maj. dem Könige Wilhelm vorzustellen.

Der General Gabone kennt die Ansichten der königlichen Regierung über die gegenseitige Lage von Preußen und Oesterreich. Sie wissen, Herr Minister, unsere Entschlüsse hängen ab von den Entschlüssen Preußens, von den Engagements, die es geneigt ist einzugehen, und endlich von der Tragweite des Zieles, das es sich gestellt hat. Wenn Preußen bereit ist, entscheidungs-boll und gründlich in eine Politik einzugehen, die seine Größe in Deutschland sichert, wenn bei der Beharrlichkeit Oesterreichs, eine feindselige Politik gegen Preußen und Italien zu verfolgen, der Krieg ein von der preussischen Regierung wirklich acceptirtes Ereigniß ist, wenn man endlich in Berlin geneigt ist, mit Italien sich in Vorausicht eines bestimmten Zieles sicher zu vereinbaren, glauben wir, daß der Augenblick gekommen ist, wo Preußen nicht länger zögern darf, sich uns gegenüber frei zu äußern, und wir sind bereit, mit ihm in einen Austausch von Mittheilungen einzugehen, der ihm beweisen wird, wie ernstlich gemeint unsere Vorschläge sind.

Die Mission des Generals Gabone hat den Zweck, sich der militärischen Maßregeln, welche die Regierung Sr. Maj. des Königs von Preußen in

